

Interview mit der Deutschen Polizeigewerkschaft

Die Polizeizulage, die einem Polizeibeamten sein ganzes Berufsleben zusteht, ist seit

Beginn des Jahres nichtmehr ruhegehaltstfahig. Zumindest die Jahrgange 1948 bis 1950

sollen jetzt, wenn sie am 01.01.1999 hochstens im Besoldungsamt A 9 waren, davon

ausgenommen werden. Wer zu diesem Stichtag das Pech hatte, bereits nach A10

besoldet zu werden, profitiert nicht von dieser Regelung. Sollten Sie nach dem 27.

März in der Regierungsverantwortung sein, sähen Sie eine Möglichkeit hier nachzubessern oder sähen Sie eine Chance, die generelle

Ruhegehaltstfahigkeit wieder herzustellen?

Klößkner: Die Härtefallregelung geht auf eine Initiative der CDU-Landtagsfraktion zurück.

Wir haben in den zurückliegenden Haushaltsberatungen einen entsprechenden Entschließungsantrag eingebracht, der zu einem gemeinsamen Gesetzentwurf zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes geführt hat. Diese Härtefallregelung ist aufgrund der im Jahr 2004 von der Landesregierung für die Polizei durchgesetzten Erhöhung der Lebensarbeitszeit notwendig geworden und hängt mit Übergangsregelungen beim Versorgungsreformgesetz zusammen. Diese Übergangsregelungen sahen eine Rechtsstandwahrungen bis zum Jahre 2010 für die

Besoldungsgruppen A1 bis A9 vor. Deswegen sind auch jetzt nur diese Gruppen erfasst.

Nur für sie gilt das Argument des Vertrauensschutzes. Fragen der Lebensarbeitszeit, des

Gesundheitsschutzes und des Zulagenwesens gehören im Übrigen zusammen. Wir werden

hier nach Lösungen suchen, die den besonderen, mit dem Polizeiberuf verbundenen Belastungen gerecht werden. Es wäre aber nicht seriös, zum jetzigen Zeitpunkt weitreichende finanzwirksame Versprechungen zu machen.

Die Tarifverhandlungen laufen an. Der DBB fordert 50€ als Sockel und 3%. Halten Sie

die Forderung für gerechtfertigt?

Klößkner: Das muss in Verhandlungen zwischen den Tarifparteien geklärt werden. Natürlich kann ich dem nicht vorgreifen. Grundsätzlich müssen wir einen vernünftigen Ausgleich zwischen einer angemessenen Bezahlung der Beschäftigten im öffentlichen

Dienst und der notwendigen Haushaltskonsolidierung finden. Dabei ist klar, dass es nicht

dauerhaft „Sonderopfer“ für den öffentlichen Dienst geben kann, wie sie die SPD Landesregierung

in der Vergangenheit gegen das Votum der CDU durchgesetzt hat.

Leitlinie der Tarifverhandlungen muss auf jeden Fall sein, dass zumindest die Kaufkraft der

Einkommen gewahrt bleibt.

Das einst um drei bzw. fünf Jahre angehobene Pensionsalter für Polizeibeamte wurde

als Ergebnis einer Studie von Prof. Nachreiner wieder um ein Jahr gesenkt. Schichtdienstzeiten zwischen 20 und 25 Jahren wirken sich darüber hinaus reduzierend

aus. Die erhebliche gesundheitliche Belastung für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, die länger als 25 Jahre, teilweise deutlich über 30 Jahre, Wechselschichtdienst verrichten, bleiben allerdings unberücksichtigt. Halten Sie die

Forderung nach einer weiteren Verkürzung der Lebensarbeitszeit oder nach anderen

Vergünstigungen für diesen Personenkreis für gerechtfertigt?

Klößner: Die Untersuchungsergebnisse aus den sog. Nachreiner-Studien unterstreichen

die erheblichen negativen gesundheitlichen Folgen des Polizeiberufs. Dies insbesondere

mit steigendem Alter und infolge belastender Dienste, wie etwa im Zusammenhang mit Nacht- und Schichtdiensten. Wir wollen deshalb eine verbesserte Anrechnung des

Wechselschichtdienstes auf die Lebensarbeitszeit durch eine Erweiterung der Faktorisierung für Polizisten mit mehr als 25 Jahren im Wechselschichtdienst. Dafür haben

wir uns in den Haushaltsberatungen eingesetzt. Das wurde von der SPD-Regierungsmehrheit

aber ebenso abgelehnt wie unser Antrag nach einer einheitlichen Altersgrenze für den gehobenen und den höheren Dienst. Eine CDU-geführte Landesregierung wird sich dem Thema Gesundheitsvorsorge bei der Polizei annehmen und

mögliche Maßnahmen prüfen. Hierzu gehört nicht zuletzt auch, dass die hohe Zahl der

Überstunden durch Neueinstellungen und durch ein effektives Personalbewirtschaftungskonzept zurückgeführt wird.

Die Polizei Rheinland-Pfalz leidet unter Personalmangel. Die Dienststellen haben zum

Teil große Probleme Urlaubspläne aufzustellen. Gemeinsamer Urlaub mit der Familie

in den Sommerferien ist für viele junge Kolleginnen und Kollegen kaum noch möglich.

Darüber hinaus wird derzeit mit Vehemenz versucht selbst eingeschränkt Dienstfähige

wieder in den Wechselschichtdienst zurückzuführen. Und die Talsohle ist noch nicht

erreicht. Der Personalkörper der Polizei wird weiter abschmelzen. Wo soll das hinführen? Muss die Festlegung, dass rund 9000 Polizeibeamte für Rheinland-Pfalz

ausreichen, nicht endlich überdacht werden?

Klößner: Es gibt in Rheinland-Pfalz eindeutig viel zu wenig Polizeibeamte. Das zeigt schon

die gigantische Zahl an Überstunden. Die Jahresvergleiche der Landesregierung zur Personalentwicklung mit einem angeblichen Zuwachs führen in die Irre. Weil Krankenstand und Dienstunfähigkeit massiv zugenommen haben, weil wir heute Ausfallzeiten durch Regelungen etwa zur Eltern- oder Teilzeit haben, die es früher noch gar

nicht gab, und weil die Bevölkerungszahl seit Anfang der 90er Jahre bis heute – wie auch die Kriminalität insgesamt – gestiegen ist. Da muss etwas passieren. Wir brauchen mehr

Polizisten auf den Straßen. Notwendig sind deshalb mehr Kräfte im Beschäftigtenbereich,

die die Polizei in der Verwaltung entlasten, und natürlich mehr ausgebildete Polizei- und

Kriminalbeamte. Das wollen wir als Regierungspartei umsetzen.

Was würden sie im Bezug auf innere Sicherheit und Polizei anders machen als die bisherige Landesregierung?

Klößner: Am Anfang muss eine ehrliche und kritische Bestandsaufnahme stehen. Es muss

Schluss sein mit der Schönrederei: Denn die gute Aufklärungsquote korrespondiert mit

explodierenden Überstunden. Dem kurzfristigen Rückgang der Kriminalität steht im Widerspruch zum Bundestrend langfristig ein Anstieg gegenüber. Wir haben zu wenig

Polizisten, stehen vor einer massiven Pensionierungswelle - aber es fehlt an Vorsorge. Das

sind Beispiele für Probleme, die benannt werden und gelöst werden müssen. Das wollen und werden wir anpacken – gemeinsam mit den Polizeigewerkschaften.